An dieser Stelle wurde der in dieser Niederschrift als Tagesordnungspunkt 6.1.5 aufgeführte Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksachen-Nr. 11/0249, mit beraten.

Vor Beginn der Debatte führte der Bürgermeister aus, dass er einen Bedarf erkenne, hinsichtlich der Straßennamen in Sankt Augustin insgesamt eine Aufarbeitung vorzunehmen. Der Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeige, dass eine abschließende Entscheidung in der heutigen Sitzung nicht getroffen werden könne, da auch noch weitere Straßenbenennungen betroffen sein könnten. Er schlug daher vor, eine Arbeitsgruppe bestehend aus Mitgliedern der Fraktionen und der Verwaltung mit einer Prüfung eventuell weiterer problematischer Straßenbenennungen zu beauftragen. Das Ergebnis dieser Prüfung könne dem Kultur-, Sport- und Freizeitausschuss zur weiteren Beratung zugeleitet werden. Bei anstehenden Umbenennungen solle zudem eine Einbeziehung der betroffenen Bürger erfolgen.

Hiernach erläuterte Herr Köhler den Antrag der Fraktion AUFBRUCH!. Er begrüßte die grundsätzliche Position des Bürgermeisters in dieser Angelegenheit. Gerade vor dem Hintergrund der bevorstehenden Feierlichkeiten zur Partnerschaft mit der Stadt Mewasseret müsste jedoch in der heutigen Sitzung ein deutliches Zeichen durch entsprechenden Beschluss zu dem gestellten Antrag gesetzt werden. Dabei könne der Beschlussvorschlag zu 3. dahingehend abgeändert werden, dass eine Arbeitsgruppe mit der Untersuchung der Straßennamen beauftragt wird. Auch über den Nationalsozialismus hinaus gehende, negative Gesichtspunkte könnten in diese Untersuchung einbezogen werden. Für die konkret benannten Straßen „Ina-Seidel-Straße“ und „Agnes-Miegel-Straße“ sprach er sich für einen antragsgemäßen Beschluss aus. Bei den nachfolgenden Überlegungen zu neuen Bezeichnungen müssten die Bürger selbstverständlich einbezogen werden. Er gestand ein, dass seitens seiner Fraktion zu dem vorliegenden Antrag keine Information an die betroffenen Bürger erfolgt sei.
Frau Schmidt als Mitunterzeichnerin des Antrages ergänzte, dass die Stadt Celle eine ähnliche Diskussion zur „Agnes-Miegel-Straße“ geführt habe. Dort sei eine Bewertungskommission unter Einbeziehung hochrangiger Historiker gebildet worden. Einer der Historiker habe zur Namensgebung einer Straße grundsätzlich geäußert, dass sich das Gemeinwesen für alle Zukunft vor der betreffenden Person verneige. Es gehe um die Frage, ob ein solches Gedenken für die Zukunft gerechtfertigt wäre und ob ein Vorbildcharakter bestehe. Dies sei nach Auffassung von Frau Schmidt bei Agnes Miegel nicht gegeben.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellte Herr Metz fest, dass die Bezeichnung der im Antrag der Fraktion AUFBRUCH! genannten Straßen unglücklich sei. Auch bei den von seiner Fraktion genannten Straßen verhalte es sich so. Die Benennung von Straßen erfolge, um Persönlichkeiten zu ehren und zu gedenken. Er plädierte dafür, in dieser Angelegenheit eine einvernehmliche Entscheidung herbeizuführen. Herr Metz sprach sich dafür aus, eine unmittelbare Verweisung in den Fachausschuss – ohne Zwischenschaltung einer Arbeitsgruppe – vorzunehmen. Eine Einbindung der betroffenen Bürger werde ebenfalls befürwortet.

Herr Schell unterstützte für die CDU-Fraktion den vom Bürgermeister gemachten Vorschlag. Er dankte den antragstellenden Fraktionen, die auf die Problematik aufmerksam gemacht haben. Es müsse ein Verfahrensweg eingeschlagen werden, bei dem auch die Bürger in die Diskussion einbezogen werden.
Dem schloss sich Frau Jung für die FDP-Fraktion an. Sie sprach sich für eine qualifizierte Diskussion aus, in der auch die Biografie betroffener Persönlichkeiten zu betrachten sei.

Herr Knülle sprach sich für die SPD-Fraktion gegen den Vorschlag des Bürgermeisters aus. Aus grundsätzlichen, bereits mehrfach vorgetragenen Erwägungen lehne seine Fraktion die Einrichtung von Arbeitsgruppen ab. Der Antrag der Fraktion AUFBRUCH! liege bereits seit längerer Zeit zur fraktionsinternen Beratung vor. Die SPD-Fraktion sei der Auffassung, eine Umbenennung der in diesem Antrag genannten Straßen sei sinnvoll, gerade auch vor dem Hintergrund der bestehenden Partnerschaft mit der Stadt Mewasseret. Im Übrigen fänden sich die Vorschläge des Bürgermeisters in dem Antrag wieder. Herr Knülle zeigte sich überrascht, dass die betroffenen Bürger über den Antrag seitens der Verwaltung nicht frühzeitig informiert wurden. Hinsichtlich der für die Bürger entstehenden Kosten bei einer Umbenennung sei die Verwaltung verpflichtet, mit geeigneten Maßnahmen diese Belastungen so gering wie möglich zu halten.
Frau Bergmann-Gries sprach sich ebenfalls dafür aus, den Antrag der Fraktion AUFBRUCH! zu beschließen. Diese Beschlussfassung sei unabhängig zu dem vom Bürgermeister gemachten Vorschlag möglich. Ein Aufschieben halte sie auch im Interesse der Bürger für nicht sinnvoll. Bei der Prüfung weiterer Straßennamen müsse auch der Aspekt „Menschenrechte“ Berücksichtigung finden. Sie wies auf eine beim Rhein-Sieg-Gymnasium bestehende Gruppe von Schülern hin, die sich auch mit dieser Thematik befasst. Diese könne in die weiteren Diskussionen eingebunden werden.
Herr Schmitz-Porten vertrat die Auffassung, es handele sich um einen fortwährenden ideologischen und politischen Prozess, der nicht durch einmalige Beratung in einer Arbeitsgruppe oder Ausschuss abgeschlossen werden könne. Gerade bei Straßenumbenennungen müssten politische Entscheidungen auch gegen die Willen der Bürger verantwortlich getroffen werden.

Der Bürgermeister wies auf ein Schreiben von betroffenen Anliegern hin, welches ihm unmittelbar vor Sitzungsbeginn erreichte. 16 betroffene Familien könnten zum heutigen Zeitpunkt die Notwendigkeit einer Straßenumbenennung nicht nachvollziehen. Er appellierte an die Fraktionen der SPD und AUFBRUCH! vor entsprechenden Beschlüssen eine Einbindung der Bürgerschaft zu ermöglichen und warb nochmals für seinen Verfahrensvorschlag. Dem schloss sich Frau Jung an.

Anschließend entwickelte sich eine Diskussion über die weitere Vorgehensweise, an der sich Vertreter der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AUFBRUCH! beteiligten.

Nach einer Sitzungsunterbrechung von 10 Minuten formulierte Herr Köhler einen Beschlussvorschlag, den der Bürgermeister nach kurzer weiterer Debatte zur Abstimmung stellte.